



**Thalen  
Consult**

**Thalen Consult GmbH**

**Urwaldstraße 39 | 26340 Neuenburg**

**T 04452 916-0 | F 04452 916-101**

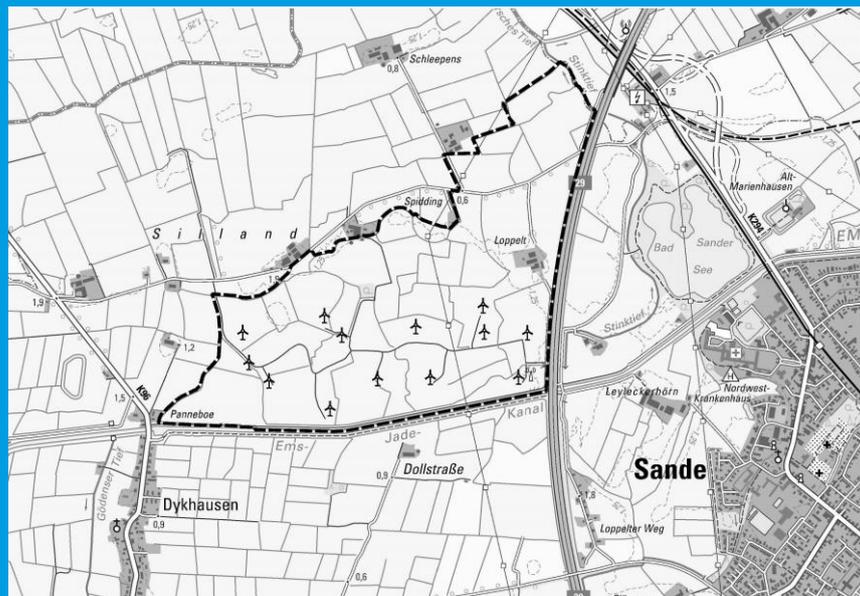
**E-Mail info@thalen.de | www.thalen.de**

INGENIEURE - ARCHITEKTEN - STADTPLANER

## 4. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS

### Begründung

**Gemeinde Sande**



PROJ.NR. 11871 | 10.11.2022



**INHALTSVERZEICHNIS**

<b>1.</b>	<b>Planungsanlass</b> .....	<b>5</b>
<b>2.</b>	<b>Planungsgrundlagen</b> .....	<b>5</b>
2.1.	Aufstellungsbeschluss .....	5
2.2.	Rechtsgrundlagen .....	5
2.3.	Änderungsbereich .....	6
<b>3.</b>	<b>Bestandssituation</b> .....	<b>6</b>
<b>4.</b>	<b>Planungsvorgaben</b> .....	<b>7</b>
4.1.	Landesplanung und Raumordnung .....	7
4.2.	Flächennutzungsplanung .....	10
4.3.	Landschaftsplanung .....	11
4.3.1.	Landschaftsrahmenplan .....	11
4.3.2.	Landschaftsplan .....	11
4.4.	Verbindliche Bauleitplanung .....	11
<b>5.</b>	<b>Planungsziele</b> .....	<b>12</b>
<b>6.</b>	<b>Konzeption</b> .....	<b>12</b>
<b>7.</b>	<b>Abwägung raumordnerischer Belange</b> .....	<b>14</b>
7.1.	Vorranggebiete Leitungstrassen .....	14
7.2.	Vorranggebiet Leitungskorridor .....	14
7.3.	Vorbehaltsgebiet landschaftsgebundene Erholung .....	14
<b>8.</b>	<b>Inhalt der Änderung des Flächennutzungsplans</b> .....	<b>16</b>
8.1.	Zeichnerische Darstellungen .....	16
8.2.	Textliche Darstellungen .....	17
<b>9.</b>	<b>Nachrichtliche Übernahmen und Vermerke</b> .....	<b>19</b>
9.1.	Zeichnerische Übernahmen .....	19
9.1.1.	Vorranggebiet Leitungskorridor .....	19
9.1.2.	Vorbehaltsgebiet landschaftsgebundene Erholung .....	19
9.1.3.	Bodendenkmale .....	19
9.1.4.	Gewässer II. und III. Ordnung .....	20
9.1.5.	Oberirdische Leitungstrassen .....	20

9.1.6.	Unterirdische Leitungstrassen.....	20
9.1.7.	Geplante Trassen.....	21
9.1.7.1.	Vorranggebiet Rohrfernleitung Gas .....	21
9.1.7.2.	380-kV-Leitung .....	22
9.1.7.3.	525 KV- Höchstspannungsgleichstromerkabelverbindung .....	22
9.2.	Textliche Übernahmen .....	23
9.2.1.	Luftverkehrshindernis (§ 16 a LuftVG) .....	23
9.2.2.	Verteidigungsanlagen.....	24
9.2.3.	Gewässerrandstreifen (§ 38 WHG i. V. m. § 58 NWG) .....	24
9.2.4.	Räumuferzone (§ 6 der Satzung der Sielacht Rüstringen).....	24
<b>10.</b>	<b>Hinweise .....</b>	<b>24</b>
10.1.	Bodenfunde .....	24
10.2.	Schädliche Bodenveränderungen/Altlasten.....	25
10.3.	Bodenschutz .....	25
10.4.	Verwendung überschüssigen Bodens .....	25
10.5.	Kampfmittel.....	26
10.6.	Oberflächenentwässerung und Maßnahmen an Gewässern.....	26
10.7.	Artenschutz.....	26
10.8.	Richtfunktrasse.....	26
<b>11.</b>	<b>Umweltbericht .....</b>	<b>26</b>
<b>12.</b>	<b>Eingriffsregelung.....</b>	<b>27</b>
<b>13.</b>	<b>Verträglichkeitsprüfung .....</b>	<b>27</b>
<b>14.</b>	<b>Artenschutzrechtliche Vorprüfung .....</b>	<b>27</b>
<b>15.</b>	<b>Verfahrensvermerke .....</b>	<b>27</b>
<b>16.</b>	<b>Zusammenfassende Erklärung.....</b>	<b>28</b>
16.1.	Ziel der Planaufstellung .....	28
16.2.	Beurteilung der Umweltbelange .....	29
16.3.	Planungsalternativen.....	29
16.4.	Abwägungsvorgang .....	30

## 1. Planungsanlass

Vor dem Hintergrund der angestrebten Energiewende unterstützt die Gemeinde Sande die Absichten des Herrn Maximilian Graf von Wedel, Schloss Gödens, zur Errichtung eines hybriden Erneuerbare-Energien-Kraftwerkes („Hybrider Energiepark Sande“) nördlich des Ems-Jade-Kanals und westlich der Autobahn 29. Das Konzept sieht vor, in und neben dem bestehenden Windpark weitere Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien sowie zur Wandlung, Speicherung und Transport dieser anzusiedeln. Damit sind auch die ggf. synonym benutzten Begrifflichkeiten wie Verstetigung, Veredelung oder Ableitung mit eingeschlossen.

Zunächst sollen in einem ersten Schritt innerhalb eines Teiles der Flächen des bestehenden Windparks zusätzlich Freiflächenphotovoltaikanlagen (PV-Anlagen) aufgestellt und diese später Richtung Nordwesten und Norden ergänzt werden.

Der Flächennutzungsplan (FNP) als vorbereitender Bauleitplan weist die Fläche derzeit teils als Sondergebiet Windkraft und teils als Fläche für die Landwirtschaft aus. Für die Umsetzung der Planung ist die Ausweisung von drei Sonderbauflächen „Erneuerbare Energien - Erzeugung, Wandlung, Speicherung, Transport“ notwendig.

Die für die Umsetzung des Energieparks weiter erforderliche vierte Änderung des Bebauungsplanes (B-Plan) Nr. 37 „Windenergieanlagenpark nördlich Ems-Jade-Kanal“ als „Hybrider Energiepark“ und die Neuauflistung des B-Planes Nr. 49 „Freiflächenphotovoltaik“ werden zeitnah betrieben.

## 2. Planungsgrundlagen

### 2.1. Aufstellungsbeschluss

Auf Grundlage des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) in Verbindung mit § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Sande in seiner Sitzung am 16.12.2021 die Aufstellung der 4. Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen.

### 2.2. Rechtsgrundlagen

Bei der Aufstellung der vorliegenden Bauleitplanung wurden die folgenden Rechtsgrundlagen berücksichtigt:

- a) Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG),
- b) Baugesetzbuch (BauGB),
- c) Baunutzungsverordnung (BauNVO) – Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke,
- d) Planzeichenverordnung (PlanzV) – Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes,
- e) Niedersächsische Bauordnung (NBauO),

- f) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege,
- g) Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGB-NatSchG),
- h) Wasserhaushaltsgesetz (WHG),
- i) Niedersächsisches Wassergesetz (NWG),
- j) Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG),
- k) Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG),
- l) Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG),
- m) Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG),
- n) Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)
- o) Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG),
- p) Niedersächsisches Landes-Raumordnungsprogramm (LROP),
- q) Regionales Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Friesland,

jeweils in der zurzeit gültigen Fassung.

### 2.3. Änderungsbereich

Die sonst nur im B-Plan gebotene parzellenscharfe Abgrenzung des Geltungsbereiches kommt für die Festlegung des Geltungsbereiches der vorliegenden FNP-Änderung auch hier zum Tragen. Damit werden alle Grundstücke einbezogen, die aus raumordnerischer und städtebaulicher Sicht geeignet sind, Anlagen zur Erzeugung, Wandlung, Speicherung und Transport erneuerbarer Energien aufzunehmen. Dieser wird daher im Osten von der Bundesautobahn 29, im Süden vom Ems-Jade-Kanal und im Westen, Nordwesten und Norden im Wesentlichen von den Hofgrundstücken im Bereich Sil-land/Spidding begrenzt.

Die Abgrenzung der einzelnen Sonderbauflächen zueinander resultiert aus der Abgrenzung der hier vorrangig in ihrer Ausdehnung zu begrenzenden Flächen für die Erzeugung von erneuerbaren Energien durch Windkraftanlagen (WEA) und Freiflächenphotovoltaikanlagen (PV-Anlagen). Damit liegen außerhalb dieser Bereiche die im Geltungsbereich verbleibenden randlichen Flächen für das Umspannwerk und die Landwirtschaft, deren Darstellung als entsprechend Sonderbaufläche erfolgt.

Die Lage und Abgrenzung des Änderungsbereichs (Grenzen der dargestellten Sonderbauflächen) sind der Planzeichnung zu entnehmen.

## 3. Bestandssituation

Das Plangebiet liegt im Norden des Gemeindegebietes, nördlich Ems-Jade-Kanals, westlich der A 29, und umfasst insgesamt ca. 170 ha, davon werden ca. 122 ha mit der vorliegenden Planung als Sonderbaufläche dargestellt. Derzeit ist ein Teilbereich von

69,5 ha als Sondergebiet „Windkraft“ ausgewiesen, in dem derzeit acht Windenergieanlagen stehen. Die übrigen Bereiche sind als Flächen für die Landwirtschaft teilweise überlagert mit Bodendenkmale dargestellt. Als lineare Strukturen queren mehrere Leitungen der Energieinfrastruktur (Hochspannungs-, Öl-, Gasleitungen) den Planbereich.

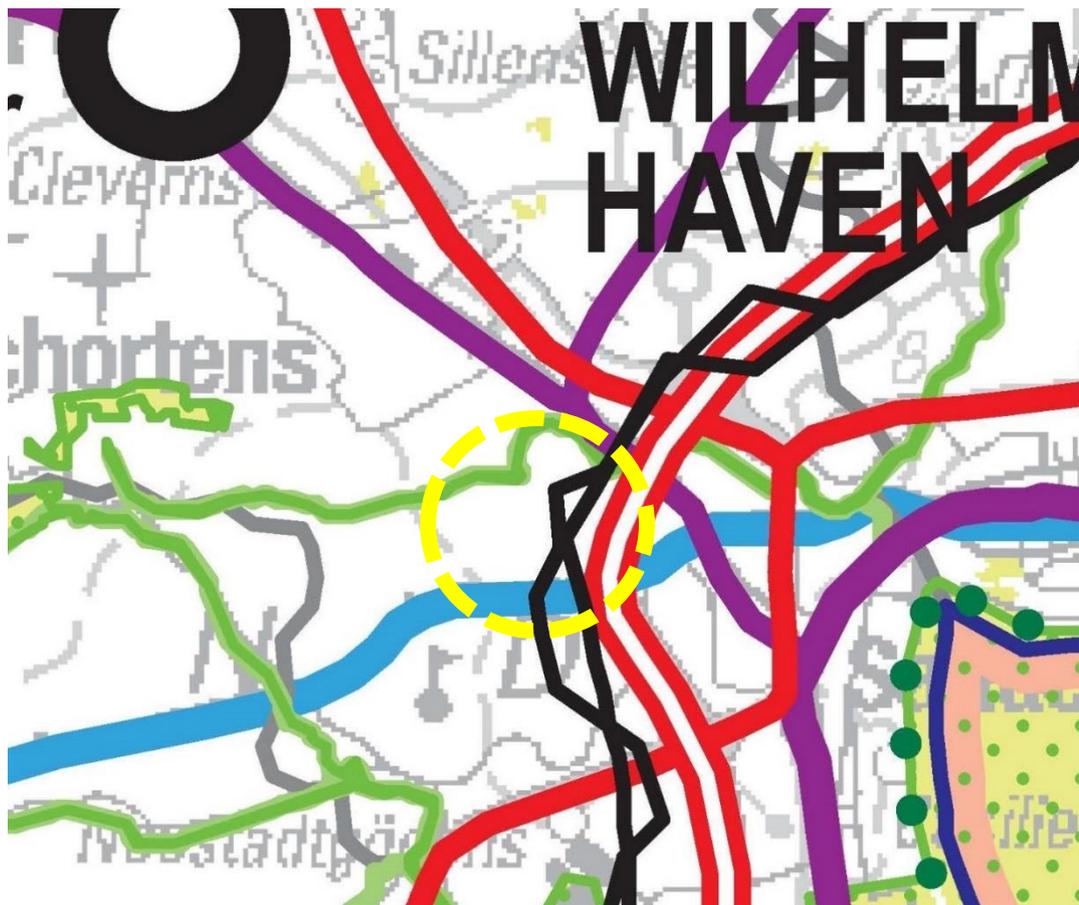
Das Planungsgebiet unterliegt einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung, die vor allem von Grünland dominiert wird. Die Grünlandflächen werden zur Silagegewinnung oder als Weide genutzt und weisen nur eine geringe Artenvielfalt auf. Die größeren Gehölzbestände fehlen im Plangebiet; nur vereinzelt kommen Bäume oder kleine Gehölzgruppen entlang der Wege, an Gehöften und in Siedlungsbereichen vor.

Die großen Gewässer, wie Panneboe Schloot, sind stark ausgebaut und verlaufen in einem tiefen Trapez-Profil mit steilen Böschungen, die regelmäßig geräumt werden.

## 4. Planungsvorgaben

### 4.1. Landesplanung und Raumordnung

Abb. 1: Ausschnitt aus dem Landes-Raumordnungsprogramm mit Lage des Änderungsbereichs (gelber Kreis) o. M.



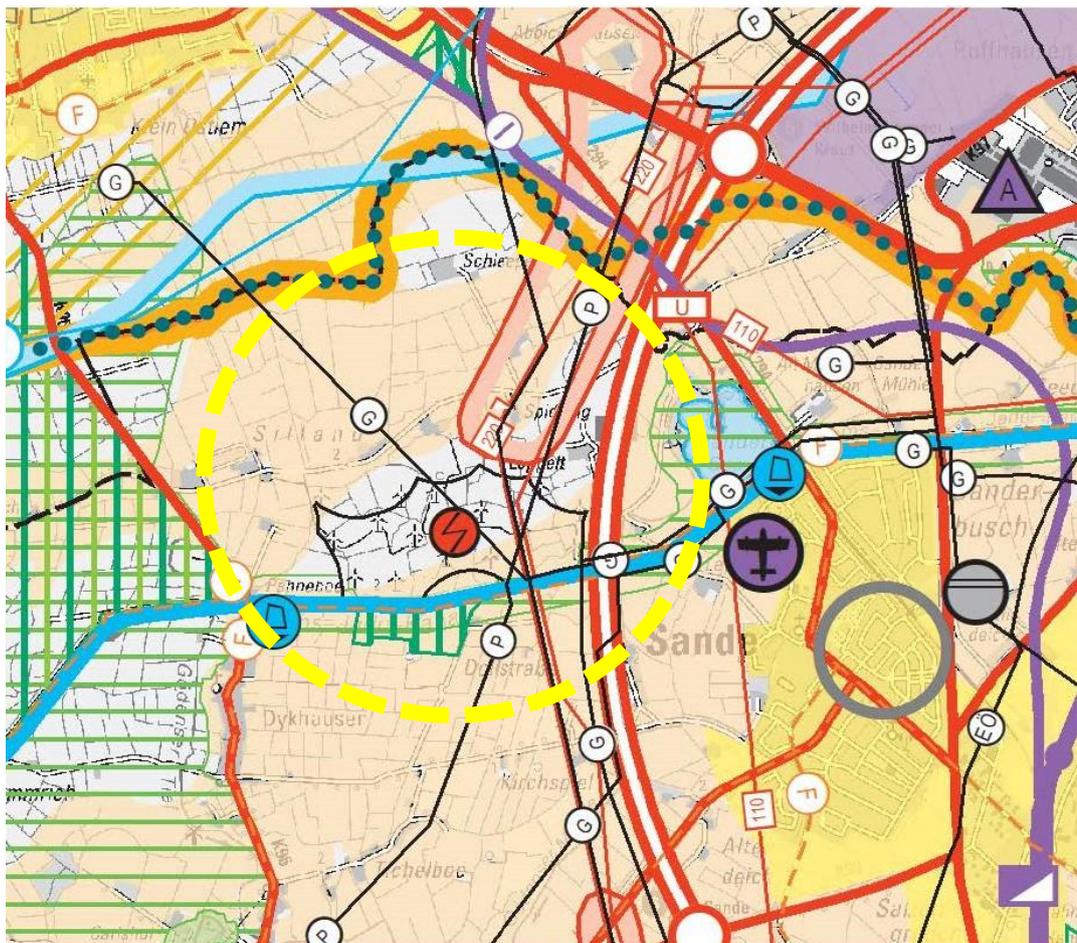
Das Landes-Raumordnungsprogramm des Landes Niedersachsen (LROP) aus dem Jahr 2017 enthält für den FNP-Änderungsbereich bzw. im unmittelbaren Umfeld gem. Abb. 1 Darstellungen

- nördlich für ein Vorranggebiet des linienförmigen Biotopverbunds (grüne Linie),
- nordöstlich für Vorranggebiete sonstige Eisenbahnstrecke (violette Linien),
- östlich für ein Vorranggebiet Autobahn (rote Doppellinie),
- südlich für das Vorranggebiet Schifffahrt (blau Linie) und
- querend von Nord nach Süd zwei Vorranggebiete Leitungstrasse (schwarze Linien).

Aus der zeichnerischen Darstellung ergeben sich mit den Vorranggebieten als Ziele der Raumordnung keine, die einer flächenhaften Darstellung von Sonderbauflächen im FNP widersprechen, solange die den Änderungsbereich querenden linienhaften raumordnerischen Vorranggebiete Leitungstrasse weiterhin räumlich und funktional freigehalten werden.

Das **Regionale Raumordnungsprogramm (RROP)** des Landkreises Friesland wurde mit Bekanntmachung der Genehmigung am 29.01.2021 wirksam.

Abb. 2: Ausschnitt aus dem RROP für den Landkreis Friesland mit Lage des Änderungsbereichs (gelber Kreis) o. M.



Das RROP weist für den FNP-Änderungsbereich bzw. im unmittelbarem Umfeld gem. Abb. 2

- ein Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft (senkrechte grüne Schraffur),
- überlagernd Vorranggebiete Natura 2000 (orange) und Biotopverbund - linienhaft (grüne Punktlinie),
- ein Vorbehaltsgebiet landschaftsgebundene Erholung (waagerechte grüne Schraffur),
- Vorranggebiet regional bedeutsamer Wanderweg (orange gestrichelte Linie)
- Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft - aufgrund hohen Ertragspotenzials (ockerfarbene Flächen),
- Vorranggebiete sonstige Eisenbahnstrecke (violette Linien),
- Vorranggebiet Autobahn (rote Doppellinie),
- Vorranggebiet Schifffahrt (blaue Linie),
- Vorranggebiet Sportboothafen (blaues Symbol Segelboot)
- Vorranggebiet Windenergienutzung (Blitzsymbol in schwarz umrandeter Fläche),
- Vorranggebiet Leitungskorridor (rot und blass rot umrandete Fläche),
- Vorranggebiet ELT-Leitungstrasse (rote Linie mit Angabe der Spannung 220 kV) und
- Vorranggebiete Rohrfernleitungen (Schwarze Linien für Gas (G) und Sole, Erdöl, Seewasser (P))

Auch aus der zeichnerischen Darstellung des RROPs ergeben sich mit den Vorranggebieten als Ziele der Raumordnung und den Vorbehaltsgebieten als Grundsätze der Raumordnung bis auf die des Vorbehaltsgebietes landschaftsgebundene Erholung, keine, die einer flächenhaften Darstellung von Sonderbauflächen im FNP widersprechen.

Dies gilt, solange die den Änderungsbereich querenden linienhaften raumordnerischen Vorranggebiete ELT-Leitungstrasse und Rohrfernleitungen weiterhin räumlich und funktional freigehalten werden. Weiterhin ist das Vorranggebiet Leitungskorridor zu beachten und in seiner Funktion der Bündelung ober- und unterirdischer Leitungen bereits in der FNP-Darstellung zu berücksichtigen. Das Vorbehaltsgebiet landschaftsgebundene Erholung ist hinsichtlich der Verträglichkeit mit der hier geplanten Darstellung von Sonderbauflächen zu prüfen. Zu der abwägenden Berücksichtigung der Belange von Raumordnung und Landesplanung siehe detailliert unter Pkt. 7.

Die o. g. Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft sowie Vorranggebiete Natura 2000, Biotopverbund, Wanderweg, Eisenbahnstrecke, Autobahn, Schifffahrt und Sportboothafen liegen außerhalb des Änderungsbereichs und sind daher „nur“ hinsichtlich einer möglichen mittelbaren Beeinträchtigung der raumordnerische Ziele zu beachten.

Das Vorranggebiet Windenergienutzung wird als wesentlicher Inhalt der Planung vollumfänglich berücksichtigt werden.

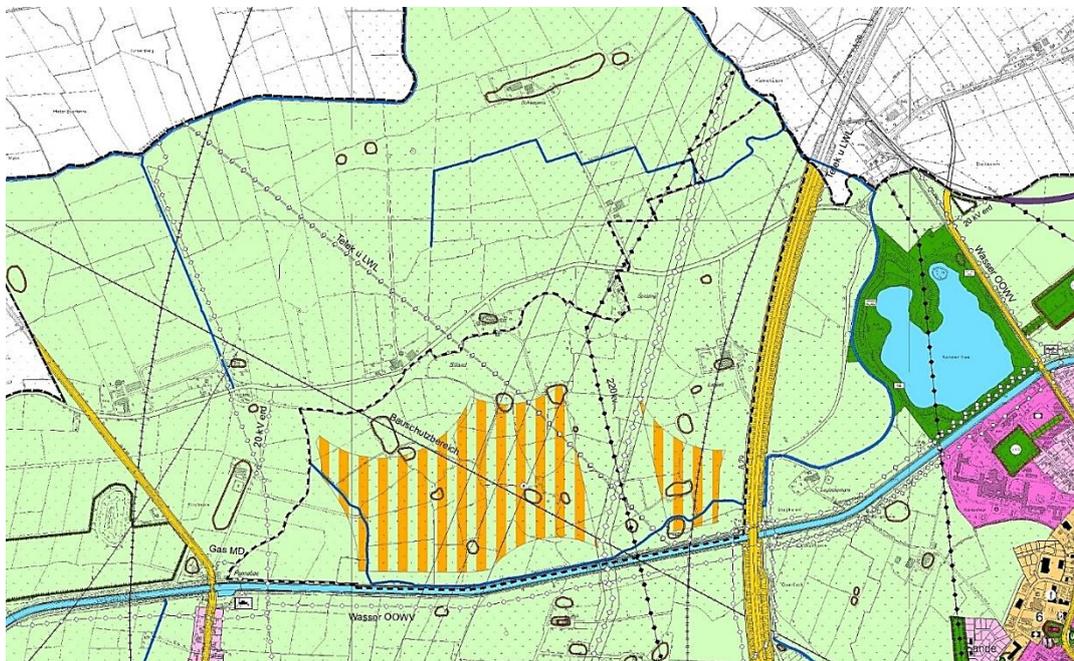
Aus der Kombination der zeichnerischen Darstellung der Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft im RROP und der gültigen Verordnung des LROP<sup>1</sup> gilt für die Errichtung von PV-Anlagen bei dem Grundsatz „Für die Nutzung durch Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie sollen versiegelte Flächen in Anspruch genommen werden.“ folgendes raumordnerische Ziel: „**Landwirtschaftliche genutzte und nicht bebauete Flächen, für die der raumordnerische Vorbehalt für die Landwirtschaft gilt, dürfen dafür nicht in Anspruch genommen werden.**“

Die Verordnung befindet sich gerade mit dem zweiten Entwurf im Beteiligungsverfahren<sup>2</sup> und sieht nunmehr abweichend vor: „Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft sollen hierfür nicht in Anspruch genommen werden.“ Diese Änderung, vorausgesetzt sie wird als Verordnung wirksam, bedeutet, dass aus dem bisherigen absolutem Ausschluss von PV-Anlagen auf Flächen des landwirtschaftlichen Vorbehaltes eine Regelvermutung wird.

Von dieser Soll-Bestimmung kann zukünftig auch durch regionale Energiekonzepte begründet abgewichen werden. Ein solches Konzept liegt nicht vor, sodass derzeit auf den Vorbehaltsflächen keine PV-Anlagen zulässig sind, mit Ausnahme solcher (Agrar-) PV-Anlagen, die nach der jeweils geltenden Verordnung definiert und zugelassen sind.

#### 4.2. Flächennutzungsplanung

Abb. 3: Ausschnitt aus dem wirksamen Flächennutzungsplan mit Darstellung des Geltungsbereiches der 4. Änderung (schwarz gestrichelt umrandet) o. M.



<sup>1</sup> Neubekanntmachung der Verordnung über das Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP-VO), Abschnitt 4.2, Nr. 13, 26.09.2017, Nds. GVBl Nr. 20/2017, S. 399

<sup>2</sup> Verordnungsentwurf zur Änderung der LROP-VO vom Dezember 2021, Abschnitt 4.2.1, Nr. 03

Die wirksame Darstellung des FNPs umfasst im Geltungsbereich der 4. Änderung gem. Abb. 3 (schwarz gestrichelte Linie)

- Flächen für die Landwirtschaft (Grün)
- Sonderbauflächen für Windenergie/Fläche für die Landwirtschaft (Grün und Orange schraffiert)
- Bereiche mit (Boden-)denkmalen (Rot umrandet)
- Oberirdische (schwarze Rautenlinie) und unterirdische (weiße Rautenlinie) Leitungstrassen und
- den Bauschutzbereich des Flugplatzes.

Für das Sondergebiet wird auch in den textlichen Darstellungen festgehalten: „Außerhalb der im Flächennutzungsplan mit dieser Änderung dargestellten Sonderbauflächen Windenergie / Fläche für die Landwirtschaft ist die Errichtung von Windenergieanlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gem. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB im Gebiet der Gemeinde Sande unzulässig.“

### **4.3. Landschaftsplanung**

#### **4.3.1. Landschaftsrahmenplan**

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Friesland (LRP) von 2017 trifft in seinen Darstellungen Aussagen u. a. zu Biotoptypen mit den Gräben und ihrer hohen Bedeutung, zum Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung, den Wurten als Bodendenkmalen, zu Klima und Luft mit dem Grünland-Graben-Areal als wichtiges Landschaftselement zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels und Klimaschutz (vgl. dazu detailliert im Umweltbericht).

Im Zielkonzept wird insgesamt eine umweltverträgliche Nutzung, Sicherung und Verbesserung der wertgebenden Strukturen in Grünland-Graben-Arealen mit bereits aufgelockertem Bestand benannt.

#### **4.3.2. Landschaftsplan**

Der Landschaftsplan (LP) der Gemeinde Sande aus 2010 nennt als Zielkonzept bzw. Maßnahmenplan u. a. die Sicherung offener Grünlandbereiche mit Röhrichtstrukturen. Bei den Gewässern soll der ökologische Zustand verbessert werden; außerdem sollten die Flächen im Raum gekennzeichnet werden, die zu dieser Verbesserung beitragen können (vgl. dazu detailliert im Umweltbericht).

### **4.4. Verbindliche Bauleitplanung**

Für die im bisherigen FNP erfolgte Darstellung des Sondergebietes Windenergie/Fläche für die Landwirtschaft liegt mit Datum vom 30.06.2016 der rechtskräftige B-Plan Nr. 37, 3. Änderung „Windenergieanlagenpark nördlich Ems-Jade-Kanal“ vor.

Dieser setzt wie aus Abb. 4 ersichtlich v. a. Sondergebietsflächen, Grundflächen, Höhe baulicher Anlagen, bebaubare Bereiche, Flächen für die Landwirtschaft und Verkehrs-

flächen fest und übernimmt Hauptversorgungsleitungen, Gewässer und deren Randstreifen.

Abb. 4: Auszug aus dem rechtskräftigem B-Plan Nr. 37 o. M.



## 5. Planungsziele

Die gesellschaftlich formulierten Klimaschutzziele erfordern eine schnelle Substitution fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien. Dabei werden Windenergie und Photovoltaik als tragende Säulen angesehen, deren Ausbau erheblich gesteigert werden muss, um diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Durch die Änderung des Flächennutzungsplans soll die Umsetzung des Konzeptes zur Ansiedlung weiterer Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, deren Wandlung bzw. deren Verstetigung und Veredelung, deren Speicherung und deren Ableitung bzw. Transport vorbereitet werden.

Die Flächennutzungsplanänderung (FNP-Änderung) soll alle Teilbereiche des hybriden Energieparks Sande umfassen, um so die zukünftige Nutzungsabsicht der Gemeinde als umfassendes räumliches Ziel darzustellen. Daraus sind dann verschiedene Sondergebiete für erneuerbare Energien mit räumlich-fachlicher Differenzierung zu entwickeln und mittels verbindlicher Bauleitplanung in entsprechenden Bebauungsplänen festzusetzen.

Auch mit den Ergänzungen der Darstellungen des wirksamen FNP wird die Planungskonzeption der Gemeinde hinsichtlich der Konzentration der Windenergienutzung in den insoweit bereits wirksam ausgewiesenen Sonderbauflächen nicht in Frage gestellt. Damit wird die Steuerungswirkung hinsichtlich der Ansiedlung von Windenergie im gesamten Gemeindegebiet aufrechterhalten.

## 6. Konzeption

Innerhalb der Flächen des bestehenden Windenergieanlagenparks Sande bzw. dem

Bebauungsplan Nr. 37 sollen in einem ersten Schritt Freiflächenphotovoltaikanlagen die bestehenden und fortzuführenden Windenergieanlagen ergänzen. In einem weiteren Schritt sollen die Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen nach Nordwesten und Norden ergänzt werden.

Weiter wird die Möglichkeit eröffnet, im Sinne des verfolgten ganzheitlichen Ansatzes in einem späteren Schritt auch lokal erzeugte Energie vor Ort in Wasserstoff zu wandeln. Dabei kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage über die Anzahl, Standorte oder die Dimensionen von Anlagen zur Wandlung getroffen werden. Insofern sich diese Belange im Zuge der Planaufstellung konkretisieren, werden diese (baulichen) Anlagen in den zwingend folgenden B-Plänen entsprechend berücksichtigt. Dort sind dann auch die genauen Auswirkungen u. a. durch mögliche Eingriffe in Natur und Landschaft sowie in das Landschaftsbild zu behandeln. Ggf. geschieht dies auch erst bei später erfolgenden B-Planänderungen.

Ein solch gearteter Energiemix aus erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff hat für die Region einen innovativen Charakter und ermöglicht regionalen Unternehmen CO<sup>2</sup>-bilanzpositive Produktion und Betrieb.

Dieses fortschrittliche Ziel beinhaltet nicht nur eine möglichst effiziente Nutzung der gewonnenen Energie, es ist auch eine Chance für den Standort Sande und die gesamte Region. Ein wichtiger Energieträger der Zukunft wird somit vor Ort erzeugt. Energieintensive Betriebe werden mit der Dekarbonisierung ebenso auf Wasserstoff zurückgreifen wie Unternehmen in Bereichen wie Logistik, ÖPNV, etc.; nicht zuletzt daraus entwickelt sich ein großer Wettbewerbsvorteil für die Region.

Der hybride Energiepark Sande produziert dringend benötigten grünen Strom für die Energiewende und schafft gleichzeitig die Basis für eine lokale Wertschöpfung und Veredelung regionaler grüner Energie.

Die Kombination verschiedener nachhaltiger Technologien wie Wind und Photovoltaik (PV) zur Erzeugung erneuerbarer Energie fügt sich optisch in die bestehende Beziehung aus traditionellem Marschland, modernen Windenergieanlagen, Bundesautobahn und Hochspannungsleitungen ein. Dabei soll die Gesamtfläche des Umgriffs der Flächennutzungsplanänderung von insgesamt ca. 170 ha in mehrere Teilbereiche aufgliedert werden, um Photovoltaikmodule mit einer Gesamtleistung von zunächst bis zu ca. 100 MWp in einer möglichst optisch ansprechenden Struktur zu errichten. Weiterhin wird eine Sonderbauflächen Landwirtschaft (S 5) auf den Flächen dargestellt, für die derzeit sich noch der raumordnerische Vorbehalt der Landwirtschaft gegenüber PV-Anlagen durchsetzt (vgl. Kap. 4.1). Zukünftig sollen diese jedoch in den Hybriden Energiepark eingegliedert werden und nach später ggf. möglicher Abwägung der raumordnerischen Belange dort auch PV-Anlagen errichtet werden.

Zur Schonung unberührter Landschaftsräume sind für neue Standorte, auch der erneuerbaren Energieerzeugung, Flächen vorzugsweise in vorbelasteten Bereichen vorzusehen. Die Bündelung an einem Standort beugt dabei einer Zersiedelung der Landschaft vor. Das Gebiet ist durch den Windpark mit acht Windenergieanlagen (WEA) bereits durch die Erzeugung erneuerbarer Energien geprägt. Hinzu kommt die Vorbe-

lastung durch vielfältige Infrastruktur zu Energiedurchleitung mit 380 und 220 (perspektivisch Ausbau auf 380) kV-Überlandleitung, Gasleitung, Öl-Pipeline und geplanter LNG-Pipeline.

Diese Tatsache qualifiziert die Fläche zum einen als hochgradig vorbelastet; zum anderen jedoch als einen interessanten und infrastrukturell einzigartigen Standort in der Region.

Für das Landschaftsbild bleiben Kanäle, Gräben und natürliche Feldstrukturen erhalten. Ferner steigert eine PV-Nutzung der Fläche nachhaltig die Biodiversität. Dieser eingriffsarme Umgang mit Boden ermöglicht es der Natur, nach dem Errichten der PV-Module, Räume zurückzugewinnen. Hier entwickelt sich ein überwiegend natürlicher Lebensraum für Flora und Fauna, welcher zuvor durch intensive landwirtschaftliche Bearbeitung verhindert wurde.

In Vorbereitung dieser Planung wurde mit den betroffenen landwirtschaftlichen Betriebsleitern bzw. Familien, deren Pachtflächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen werden, um PV-Anlagen zu errichten, nach betrieblichen Lösungen gesucht. Es sind einvernehmliche Lösungen zur Kompensation der Flächenverluste gefunden worden, so dass für die weiter wirtschaftenden Betriebe nicht zu existenziellen Bedrohungen kommt.

## 7. Abwägung raumordnerischer Belange

### 7.1. Vorranggebiete Leitungstrassen

Dieses linienhafte und trassenbezogene Vorranggebiet ELT-Leitungstrasse und Rohfernleitungen kann mit den hier geplanten Darstellung von Sonderbauflächen ohne Widerspruch überlagert werden, da der raumordnerische Vorrang (Freihaltung von ober- und unterirdischer Bebauung und Vorhaben) überhaupt erst auf der Maßstabsebene der verbindlichen Bauleitplanung zeichnerisch darstellbar bzw. festzusetzen ist. Im Übrigen wurden auf den Trassen bereits Leitungen errichtet, die als Bestand eh nachrichtlich in die Planzeichnung übernommen werden (vgl. Kap. 9.1).

### 7.2. Vorranggebiet Leitungskorridor

Das raumordnerischen Ziel steht der hier dargestellten Sonderbaufläche Erneuerbare Energien - Freiflächenphotovoltaik (S EE 3) in diesen Bereichen jedoch nicht entgegen, da dieses aus Maßstabsgründen erst mit der zeichnerischen Festsetzung von nicht bebaubaren bzw. auch nicht unterbaubaren Flächen im dann folgenden und erforderlichen B-Plan erfolgt. Damit folgt die Plandarstellung den gleichen Prinzipien wie bei denen der vorhandenen ober- und unterirdischen Leitungen bzw. den v. g. Leitungstrassen.

### 7.3. Vorbehaltsgebiet landschaftsgebundene Erholung

Vorzustellen ist, dass dieses Vorbehaltsgebiet - als **Grundsatz** der Raumordnung - v. a. dafür vorbehalten ist, was beim gleichlautend als **Ziel** festgesetztem Vorranggebiet verbindlich ist. *„In den Vorranggebieten landschaftsbezogene Erholung sind qualitativ hochwertige touristische Angebote und Naherholungsangebote zu entwickeln,*

**die dem Erleben von Natur und Landschaft dienen.**<sup>3</sup> Betrachtet man die hier fraglichen Flächen unmittelbar nördlich des Ems-Jade-Kanals und ausschließlich außerhalb des bestehenden Vorranggebietes Windenergienutzung, lässt sich schwer eine Eignung für die Entwicklung von qualitativ hochwertigen touristische Angeboten und Naherholungsangeboten erkennen. Dies lässt darauf schließen, dass auf diesen Teilen des Vorranggebietes dieses sich wohl nur schwer gegenüber konkurrierenden Raumansprüchen wie denen der Erneuerbaren Energien in Form von PV-Anlagen durchsetzen kann.

Weiterhin wäre die Begründung der Vorbehaltsgebiete, die als raumordnerischer Grundsatz „lediglich“ in der zeichnerischen Darstellung festgelegt sind<sup>4</sup>, heranzuziehen: *„Als Vorbehaltsgebiete für die landschaftsbezogene Erholung werden Gebiete ausgewiesen, die für die Erholungsvorsorge von Bedeutung sind. Gebiete, die sich aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit oder ihrer kulturhistorischen Bedeutung für die landschaftsgebundene Erholung eignen sowie eine große bis sehr große Bedeutung für das Landschaftsbild besitzen, wurden hierbei berücksichtigt. In diesen soll eine dauerhafte Sicherung und Entwicklung der Erholungsfunktion für die Bevölkerung erzielt werden. Beeinträchtigungen des landschaftsbezogenen Erholungspotentials, z. B. durch Zersiedlungerscheinungen, Beschränkungen der Zugänglichkeit der Landschaft und Störungen ihres Erlebniswertes, aber auch Beeinträchtigungen durch die Erholungsnutzung selber, sollen in diesen Gebieten vermieden bzw. nach Möglichkeit beseitigt werden.“*

*Bei der Ausweisung der Vorbehaltsgebiete wurde sich an denen im RROP 2004 festgelegten „Vorsorgegebiete Erholung“ sowie am Landschaftsrahmenplan 2017 orientiert. Diese Gebiete wurden hinsichtlich ihrer Aktualität in Bezug auf die Bedeutung und Ausdehnung überprüft und ggf. den regionalen Gegebenheiten angepasst. Neben dem sind weitere Flächen ausgewiesen worden, die über regional touristische Bedeutung oder Einrichtungen verfügen (z. B. Rad-, Wasser-, Wanderwege) und in Abstimmung mit den erholungsbezogenen Schwerpunkten der Städten und Gemeinden erfolgt. Neben dem sind kulturelle Sachgüter, Bodendenkmäler sowie eine hohe Qualität des Landschaftsbildes oder der Freiraumfunktion von essentieller Bedeutung und zwingend erforderlich:*

(...)

*Des Weiteren wurden Gebiete mit einer besonderen Eignung für die Erholungsnutzung ausgewiesen, die aber aufgrund anderer höherrangigen Funktionen nur die Sicherungsfunktion des Vorbehaltsgebietes erlangen können. So stellen insbesondere Vorranggebiete für Natur und Landschaft aufgrund der Schönheit und Vielfalt häufig einen attraktiven Anziehungspunkt für Erholungssuchende dar. Vereinzelt werden durch das BNatSchG und NAGBNatSchG vom 19. Februar 2010 ausgewiesene Bereiche zusätzlich mit einem Vorbehaltsgebiet Erholung überlagert. Die Intensität der Beanspruchung für die Erholung muss in diesen Gebieten auf ruhige, landschaftsgebundene Freizeitformen*

---

<sup>3</sup> Regionales Raumordnungsprogramm (RROP) 2020 des Landkreises Friesland, S. 183

<sup>4</sup> Ebd., S. 183

*abzielen.*<sup>5</sup>

Auch hier findet sich für die fraglichen Flächen keine gewichtige Begründung - über die linienhaft existierende Infrastruktur des Ems-Jade-Kanals mit Deich und Begleitwegen für Wasserwanderer, Radfahrer und Fußgänger hinaus - Flächen für die Erholung vorzuhalten. Nicht zuletzt aufgrund des parallel verlaufenden Gewässers II. Ordnung sind diese Flächen vom Kanal aus nicht erreichbar. Auch ohne die vorliegende Planung würden die Flächen auf Grund der landwirtschaftlichen Nutzung und der Unzugänglichkeit der Erholungsnutzung nicht zur Verfügung stehen. Eine kulturhistorische Bedeutung ist nicht bekannt und eine große Bedeutung für das Landschaftsbild in unmittelbarer Nähe des bestehenden Windparks - in dem dieser Vorbehalt erst gar dargestellt ist - kann nicht erkannt werden. Zersiedlungserscheinungen werden nicht vorbereitet und die Störung des Erlebniswertes der Landschaft können nicht erkannt werden.

Weiterhin kann aus der Abgrenzung des bandartigen Vorranggebietes welches sich vom Sander See Richtung Westen durch die Gemeinde erstreckt wohl interpretiert werden, dass damit ursächlich die Erholungsfunktion des Kanals gesichert werden soll und nicht die Ausweisung zusätzlicher Flächen für die Erholung.

Der raumordnerischen Grundsatz sieht damit zusammenfassend gewichtet der hier dargestellte Sonderbaufläche Erneuerbare Energien - Freiflächenphotovoltaik (S EE 3) in diesen Bereichen nicht entgegen.

## 8. Inhalt der Änderung des Flächennutzungsplans

### 8.1. Zeichnerische Darstellungen

Es werden vier Sonderbauflächen „Erneuerbare Energien - Erzeugung, Wandlung, Speicherung, Transport“ (S EE) dargestellt, die die vorbereitende Grundlage zur planungsrechtlichen Umsetzung der v. g. Konzeption des Hybriden Energiepark Sande bilden.

Weiterhin wird eine Sonderbauflächen Landwirtschaft (S 5) auf den Flächen dargestellt für die derzeit sich noch der raumordnerische Vorbehalt der Landwirtschaft gegenüber PV-Anlagen durchsetzt (vgl. Kap. 4.1). Zukünftig sollen diese jedoch in den Hybriden Energiepark eingegliedert werden und nach später ggf. möglicher Abwägung der raumordnerischen Belange dort auch PV-Anlagen errichtet werden.

Die Differenzierung verschiedener Sonderbauflächen ergibt sich aus den unterschiedlichen Nutzungsrahmen. So sollen entsprechend der fortgeltenden planerischen Entscheidung der Gemeinde Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen nicht im gesamten FNP-Änderungsbereich zulässig sein. Diese FNP-Änderung berührt die positive Planungsentscheidung der Gemeinde zugunsten von Windenergie in einem Teil des Geltungsbereichs diese Planänderung mit der gesetzgeberischen Folge gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB für die übrigen Bereiche der Gemeinde nicht (Konzentrationswir-

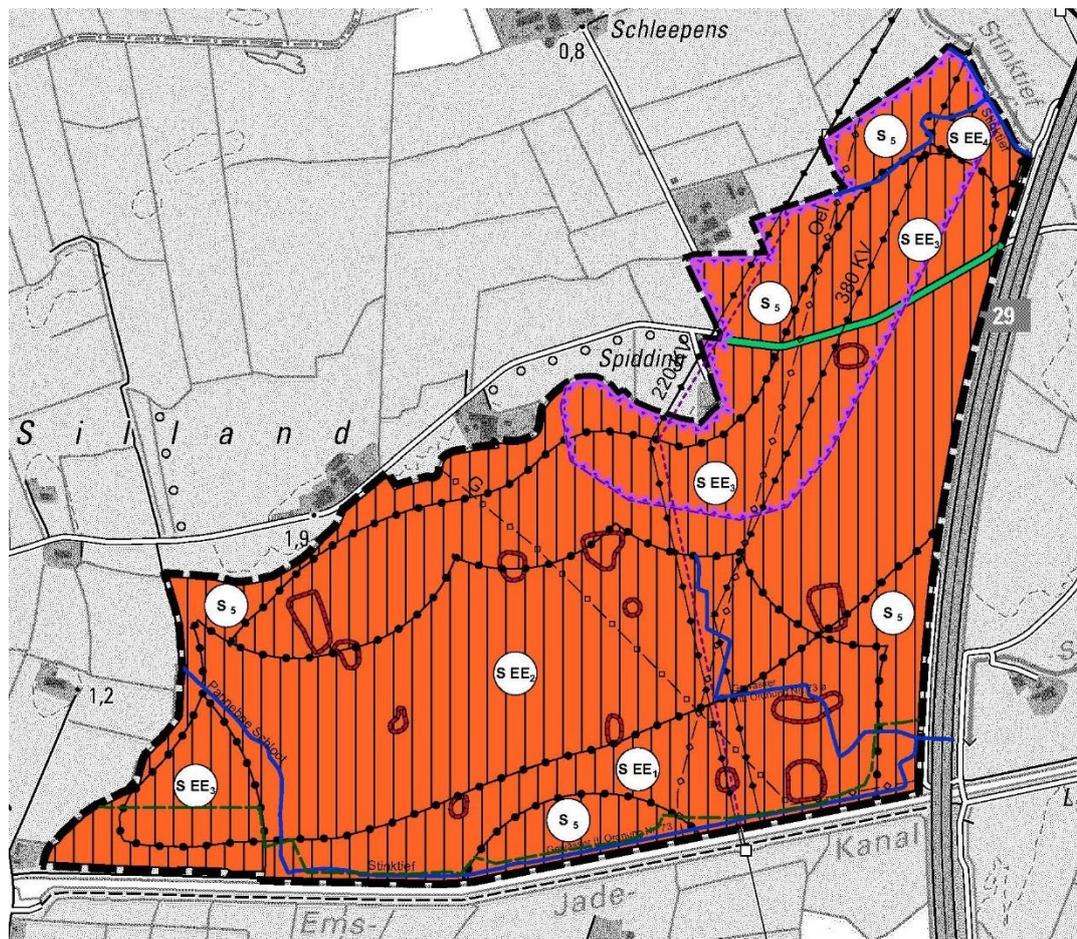
---

<sup>5</sup> Ebd., S. 188 f

kung). Gleichzeitig gibt es Bereiche, in dem aktuell PV-Anlagen nicht zugelassen werden sollen (vgl. Kap. 4.1).

Weitere Begrenzungen der Flächen resultieren nur aus dem Streifen der Gemeindestraße, welche nicht als Sonderbaufläche dargestellt wird und die S EE 3 und 5 damit teilt.

Abb. 5: Auszug aus der Planzeichnung der 4. Änderung des FNPs o. M.



## 8.2. Textliche Darstellungen

Die textlichen Darstellungen in den Nummern 1.1 bis 1.4 dienen dazu, für die nebeneinander dargestellten Sonderbauflächen unter dem gemeinsamen Titel „Erneuerbare Energien - Erzeugung, Wandlung, Speicherung, Transport“ die jeweils aus raumordnerischen und städtebaulichen Gründen nur in abgegrenzten Bereichen zulässigen Unterarten der zulässigen Nutzung in ihrer Ausdehnung zu regeln. Dies betrifft hier die zulässige Errichtung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien mittels WEA und PV-Anlagen. Vereinfacht gesagt: Erst mit der textlichen Darstellung der Sonderbauflächen S EE 1 bis S EE 3 werden innerhalb der vorliegenden FNP-Änderung die Flächen, auf denen einerseits WEA zulässig und andererseits PV-Anlagen zulässig sind und die sich dabei teilweise überschneiden, klar begrenzt.

Es erfolgt damit die Darstellung der vier Sonderbauflächen „Erneuerbare Energien - Erzeugung, Wandlung, Speicherung, Transport“ (S EE)

- „Windenergie“ (S EE 1) mit der **Zulässigkeit u. a. von WEA** und Landwirtschaft und **ohne Zulässigkeit von PV-Anlagen**
- „Windenergie/Freiflächenphotovoltaik“ (S EE 2) mit der **Zulässigkeit u. a. von WEA und PV-Anlagen**,
- „Freiflächenphotovoltaik“ (S EE 3) mit der **Zulässigkeit u. a. von PV-Anlagen** und **ohne Zulässigkeit von WEA** und
- „Umspannwerk“ (S EE 4).

Weiterhin erfolgt die Darstellung auf den dann verbleibenden Flächen als Sonderbaufläche „Landwirtschaft ohne Gebäude“ mit der **Zulässigkeit von Landwirtschaft ohne Gebäude**.

Die textliche Darstellung Nr. 2 dokumentiert, dass die Gemeinde mit der Fortführung der positiven Planung von Windenergieanlagen in den Sonderbauflächen S EE 1 und SEE 2, bzw. „Windenergie“ und „Windenergie/Freiflächenphotovoltaik“ und damit mit der Ausweisung von Konzentrationsflächen für die Windenergie, ausdrücklich die gesetzlichen Folgen des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen will und dies Grundlage ihrer planerischen Entscheidung für den gesamten Außenbereich der Gemeinde gewesen ist, nämlich dass der Errichtung von Windenergieanlagen in anderen Bereichen der Gemeinde die öffentlichen Belange gemäß § 35 Abs. 3 Satz 1 und 3 BauGB entgegenstehen.

Es gibt derzeit konkrete Überlegungen, zu überprüfen, ob die Kriterien der bisherigen Potenzialstudie zur Steuerung von Windenergie für das gesamte Gemeindegebiet weiterhin zeitgemäß sind bzw. zu ermitteln, ob zusätzlich geeignete Flächen für die Errichtung von WEA in Sande ausgewiesen werden können. Dazu wurde zwischenzeitlich eine Potenzialstudie beauftragt.

Da hier jedoch zeitnah keine richtungsweisenden Erkenntnisse vorliegen werden und auch dem Ergebnis der Studie nicht vorgegriffen werden soll, verbleibt die Gemeinde bei der bisherigen Planentscheidung. Dies ist die mit der am 25.06.1998 beschlossenen 13. Änderung des (vormaligen) FNPS, welche

- einerseits auf der Grundlage der Landkreisstudie „Abwägungshilfe zur Standortfindung von Windenergieparks“ vom Feb. 1996 folgenden "Vertiefende Betrachtung von Windenergiestandorten in der Gemeinde Sande" fußt und
- andererseits mit abschließenden Beschluss in den seit 30.09.2010 wirksamen neu aufgestellten FNP unverändert übernommen wurde.

Das dahinter stehende schlüssige Plankonzept (Potenzialstudie) gilt somit fort und wird durch die andere Bezeichnung der inhaltlich für die Windenergienutzung unverändert fortgeltenden Darstellungen nicht in Frage gestellt.

Die textliche Darstellung Nr. 2 dokumentiert dann bei der vorliegenden Änderung, dass die Steuerungswirkung des wirksamen FNPs hinsichtlich der WEA im gesamten Gemeindegebiet erhalten bleibt. Die Konzeption, die zur Abgrenzung der bisherigen

Sonderbauflächen „Windenergie/Flächen für die Landwirtschaft“ geführt hat, wird von der Gemeinde nicht in Frage gestellt. Überlegungen hinsichtlich der Änderung des dahinterstehenden schlüssigen Plankonzepts (Potenzialstudie) existieren nicht und wurden auch nicht anlässlich der hier vorliegenden Änderung des FNPs diskutiert.

Damit stehen der Errichtung von WEA in den anderen Bereichen der Gemeinde weiterhin öffentliche Belange gemäß § 35 Abs. 3 Satz 1, Satz 3 BauGB entgegen.

## 9. Nachrichtliche Übernahmen und Vermerke

Planungen und sonstige Nutzungsregelungen, die nach anderen gesetzlichen Vorschriften festgesetzt sind, sowie nach Landesrecht denkmalgeschützte Mehrheiten von baulichen Anlagen, sollen gem. § 5 Abs. 4 BauGB nachrichtlich übernommen werden. Sind derartige Festsetzungen in Aussicht gestellt, sollen sie im Flächennutzungsplan vermerkt werden.

### 9.1. Zeichnerische Übernahmen

Es erfolgen zeichnerische Übernahmen - sofern sie auf der Maßstabsebene des FNP sinnvoll sind - die bei der späteren Festsetzung in den folgenden B-Plänen sowie der folgenden Anlagengenehmigung im Baugenehmigungsverfahren oder dem Verfahren nach dem BImSchG beachtlich sind.

Es erfolgt keine Abgrenzung der nicht vom Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft - auf Grund hohen Ertragspotenzial - belegten Flächen, da diese identisch sind mit den dargestellten Abgrenzung des Sonderbauflächen SEE 2 und S EE 3 und somit durch die nur dort dargestellte Zulässigkeit von PV-Anlagen den raumordnerischen Vorbehalt beachten.

#### 9.1.1. Vorranggebiet Leitungskorridor

Dieses raumordnerische Ziel aus dem RROP ist zu beachten. Dabei kommt dem aus dem FNP zu entwickelnden B-Plan die Rolle zu, hier Bereiche ggf. von baulichen Anlagen freizuhalten, sodass das Ziel der koordinierten Bündelung bestehender, im Bau befindlicher und geplanter Leitungstrassen gesichert wird.

#### 9.1.2. Vorbehaltsgebiet landschaftsgebundene Erholung

Gemäß in Kap. 7 erfolgter Abwägung ist die geplante Darstellung der Sonderbaufläche S EE 3 überlagernd mit dem Streifen des Vorbehaltsgebietes nördlich des Ems-Jade-Kanals raumordnerisch verträglich. Das Vorbehaltsgebiet verbleibt jedoch unverändert im RROP, so dass dieses entsprechend in die Planzeichnung zu übernehmen ist.

#### 9.1.3. Bodendenkmale

In Teilbereichen der Sonderbauflächen befinden sich Bodendenkmale (u. a. Wurten), die oberirdisch nicht sichtbar in Erscheinung treten. Vor Baumaßnahmen ist vor der Genehmigung die Untere Denkmalschutzbehörde zu beteiligen.

#### 9.1.4. Gewässer II. und III. Ordnung

Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich Gewässer II. und III. Ordnung der Sielacht Rüstringen. Weiter Gewässer III. Ordnung sind vorhanden, werden aber erst auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung übernommen.

Entsprechend der Angaben der Sielacht Rüstringen müssen bei den Gewässern beidseitig Räumuferstreifen von zehn bzw. 6 Metern, gemessen von der Böschungsoberkante von Einrichtungen und Anlagen, insbesondere bauliche Anlagen, freigehalten werden.

Im Räumuferstreifen des Gewässers liegt auch der gesetzlich festgelegte Gewässerstrandstreifen entsprechend § 91 NWG.

#### 9.1.5. Oberirdische Leitungstrassen

Die vorhandenen und in der Planzeichnung übernommenen 220 kV- und 380 kV-Leitung, die den Geltungsbereich queren, wurden bereits bei der letzten Überplanung (Repowering) des Windparks beachtet.

#### 9.1.6. Unterirdische Leitungstrassen

Die Belange der bestehenden Anlagen und zukünftiger Leitungen zur Versorgung des Gebietes bei bspw. Um- oder Neuverlegung, Querungen durch andere Leitungen oder Wege werden abschließend erst auf der Ebene des Bebauungsplanes oder des Genehmigungsverfahrens berücksichtigt werden können.

Innerhalb des Änderungsbereiches verläuft in Nord-Süd-Richtung die Kavernen-Mineralölleitung Wilhelmshaven-Etzel (Leitungsträger ist die Storag Etzel GmbH, Kavernenanlage Etzel). Hierzu ist ein Schutzstreifen von 18 m einzuhalten.

Ebenso verläuft hier die Erdgas-Transportleitung Sande-Schortens DN 100/PN70 der EWE Netz GmbH. Innerhalb eines Schutzbereiches von 8 m (beidseitig 4 m gemessen von der Rohrachse) darf nicht gebaut und keine tiefwurzelnde Bepflanzung vorgenommen werden.

Weiter verlaufen in Nord-Süd-Richtung zwei unterirdische 110 kV Elektroleitungen „2 x 110 kV“ der EWE. Hierzu ist ein Schutzstreifen von 12 m (beidseitig 6 m) ausgehend von den Trassenmitten einzuhalten.

Als Versorgung der vorhandenen (landwirtschaftlichen) Wohnbebauung verläuft je eine Trinkwasserleitung des OOWV und eine Stromleitung der EWE in Ost-Westrichtung durch die Sonderbauflächen 3 und 5. Die entsprechende Gasversorgung der EWE erfolgt durch eine Leitung im Sillandweg. Diese Leitungen werden auf der Eben des FNPs nicht dargestellt.

Die zwischenzeitlich im Bau befindliche und seit dem 19.08.2022 planfestgestellte Ferngasleitung mit Begleitkabel der Open Grid Europe (OGE) wird in ihrer Trasse nachrichtlich übernommen.

*„Wir gehen davon aus, dass sich durch die vorgesehenen Festsetzungen und Ausweisungen des Flächennutzungsplans keinerlei Nachteile für die Verlegung und für den*

*späteren Bestand und den Betrieb der Ferngasleitung sowie keinerlei Einschränkungen und Behinderungen bei der Ausübung der für die Sicherheit der Versorgung notwendigen Arbeiten, wie Überwachung, Wartung, Reparatur usw. ergeben.“<sup>6</sup>*

Die in der vorbereitenden Planung dargestellten Nutzungsmöglichkeiten können unter Berücksichtigung des planfestgestellten Vorhabens umgesetzt werden. Der planfestgestellte Schutzstreifen wird durch die nachrichtliche Übernahme gesichert. Die konkrete bauliche Umsetzung wird in Abstimmung mit dem Stellungnehmenden bzw. der OGE und auf der Grundlage entsprechender privatrechtlicher Vereinbarungen erfolgen.

Die konkrete bauliche Umsetzung wird in Abstimmung mit dem Stellungnehmenden bzw. der OGE und auf der Grundlage entsprechender privatrechtlicher Vereinbarungen erfolgen. Nach den entsprechenden privatrechtlichen Vereinbarungen mit der OGE kann die dargestellte bauliche Nutzung jenseits eines Bereiches von 3 m beidseitig der Achse der Rohrleitung umgesetzt werden. Hinsichtlich der Windkraftanlagen werden Baufenster auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung festgesetzt werden.

*„Bei der Planung von Umspannanlagen ist das DVGW Arbeitsblatt GW 22 (textgleich mit der AfK-3 bzw. TE 7) zwingend zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang machen wir schon jetzt darauf aufmerksam, dass bei Unterschreitung der gemäß Abschnitt 8.2 des DVGW Arbeitsblattes GW 22 vorgeschriebene Abstände zwischen der Ferngasleitung und der Umspannanlage die Notwendigkeit einer Überprüfung der ohmschen Beeinflussung besteht.“<sup>7</sup>*

Gesetzliche Vorgaben können in ausreichendem Maße auf der Ebene der Vorhabenzulassungen berücksichtigt werden.

*„Zur Vermeidung von Anpassungsmaßnahmen ist zu beachten, dass bei den nachgelagerten Planverfahren (Bauleitplanung/Fachplanung) zur Aufstellung von Windenergie- und Photovoltaikanlagen bzw. der Umspannanlage alle Details, die Einfluss auf den Bestand und den Betrieb der Ferngasleitung haben, mit der OGE abzustimmen sind. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Herstellung von Baustraßen mit Montage- und Kranstellflächen, Ausbau dauerhafter Zuwegungen, Neubau von kreuzenden oder parallel verlaufenden Ver- oder Entsorgungsleitungen.“<sup>8</sup>*

Das planfestgestellte Vorhaben wird durch die nachrichtliche Übernahme gesichert. Den rechtlich verbindlichen Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses in Verbindung mit den privatrechtlichen Einigung des betroffenen Grundstückseigentümers wird mit der Planung Rechnung getragen.

#### **9.1.7. Geplante Trassen**

##### **9.1.7.1. Vorranggebiet Rohrfernleitung Gas**

Das Gebiet wird von einem linienhaften Vorranggebiet für eine Gasleitung in enger

---

<sup>6</sup> Pledoc GmbH für OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen und der GasLINE GmbH & Co. KG, Straelen: Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange z. 4. Änd. FNP der Gemeinde Sande, Essen, 01.09.2022

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ebd.

Parallelität zur oberirdischen 220 kV-Leitung durchquert. Diese raumordnerische Festlegung ist, im Gegensatz zu den übrigen linienhaften Vorranggebieten für Leitungen, noch nicht in Anspruch genommen und wird daher als solche vermerkt.

#### 9.1.7.2. 380-kV-Leitung

Für die aktuell in Planung befindliche 380-kV-Leitung Wilhelmshaven 2 - Conneforde (Netzentwicklungsplan Strom (NEP) Projekt P175; Gesetz über den Bundesbedarfsplan (Bundesbedarfsplangesetz – BBPIG) Nr. 73) ist Folgendes aufzuführen:

*„Bedingt durch den frühen Planungsstand (die Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren findet am 15. Juni 2022 statt) gibt es aktuell noch keine verbindlichen Trassenkorridore für diese Leitung. Durch die fehlende Kennziffer F im Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) gibt es aktuell keine Möglichkeit Erdkabelabschnitte in der Planung bzw. in der Umsetzung des Vorhabens zu berücksichtigen. Die einzige Möglichkeit zur Realisierung des Vorhabens ist eine Ausführung als Freileitung. Alle weiteren (Planungs-) Schritte orientieren sich daher an dieser wesentlichen Rahmenbedingung. Das Vorhaben ist als sog. Ersatzneubau gekennzeichnet. Damit orientieren sich die Planungen im Wesentlichen an der/den Bestandsleitung(en).*

*Die in Planung befindliche Leitung (...) soll die bereits vorhandene 220-kV-Leitung Conneforde – Maade (LH-14-204) ersetzen. Durch die Klassifizierung als Ersatzneubau strebt TenneT in dem o.g. Bereich einen weitestgehend trassengleichen Neubau in Bündelung zu der bestehenden und in Betrieb genommenen 380-kV-Leitung Wilhelmshaven – Conneforde (LH-14-315) an. Wir weisen darauf hin, dass der aktuell in Planung befindliche, alternativlose Leitungskorridor in diesem Bereich freigehalten werden muss, da sonst eine termingerechte Realisierung des Infrastrukturprojektes gefährdet werden könnte.“<sup>9</sup>*

#### 9.1.7.3. 525 KV- Höchstspannungsgleichstromerkabelverbindung

Die Fa. Amprion plant eine 525-kV-Höchstspannungsgleichstromerkabelverbindung zwischen Wilhelmshaven und Hamm, Bl. 7008, auch Korridor B genannt, in diesem Bereich zu verlegen.

*„Das Leitungsprojekt ist als Vorhaben 49 im Bundesbedarfsplangesetz festgeschrieben. Derzeit werden mögliche Trassenkorridore untersucht. Die Einleitung des Verfahrens zur Bundesfachplanung wird für das Jahr 2022 angestrebt.*

*Den Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung haben wir mit unseren Trassenkorridoren abgeglichen. Dabei hat sich gezeigt, dass diese betroffen sind und durch die Planung Konflikte mit unserem Netzausbauvorhaben hervorgerufen werden könnten. Der Verlauf der Trassenkorridore kann sich unter anderem in den nachfolgenden Verfahren noch verändern. Um die Planung der Windenergie und Photovoltaikanlagen in unseren Planungen berücksichtigen zu können, ist eine enge Abstimmung zwischen*

---

<sup>9</sup> TenneT TSO GmbH: Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange z. 4. Änd. FNP der Gemeinde Sande, Lehrte, 25.05.2022

*den Anlagenbetreibern und der Amprion GmbH erforderlich.“<sup>10</sup>*

*„Wir geben allerdings zu bedenken, dass im Rahmen des Bundesfachplanungsverfahrens zunächst 1.000 m breite Korridore festgelegt werden, in denen das Vorhaben Korridor B später verlaufen wird. Spätestens bei der konkreten Bebauungsplanung wird es unerlässlich sein, den raumordnerisch festgelegten Zielen Geltung zu verschaffen und die Planung von Vorhaben 49 zu ermöglichen. Hier wäre eine enge Abstimmung mit uns als Vorhabenträger wünschenswert. Wir bitten Sie daher, uns im Rahmen der Bauleitplanung und den anschließenden Genehmigungsverfahren weiter zu beteiligen und uns entsprechende Unterlagen zuzusenden.“<sup>11</sup>*

Mit Blick auf das Vorhaben Nr. 49 jenseits des Leitungskorridors aus dem RROP weist die Gemeinde auf ergänzend auf Folgendes hin:

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist seitens der kommunalen Planungsträger auf konkurrierende Fachplanungen Rücksicht zu nehmen, wenn die konkurrierende Planung hinreichend verfestigt ist (vgl. BVerwG, Beschluss vom 5. November 2002, Az. 9 VR 14/02). Eine entsprechende Verfestigung der fachplanerischen Ziele für das Vorhaben Nr. Nr. 49 ist damit nicht anzunehmen.

Es erfolgt parallel und bei der Aufstellung der verbindlichen Bauleitplanung eine enge Abstimmung mit dem Leitungsträger.

Sofern im Zuge der Aufstellung dieser FNP-Änderung der Gemeinde weitere geplante Trassen zur Kenntnis gelangen, werden diese, auch unter dem raumordnerischen Bündelungsgebot, welches auch außerhalb der o. g. Vorranggebietes gilt, in der Planzeichnung vermerkt.

## 9.2. Textliche Übernahmen

Darüber hinaus sind textliche Übernahmen vorhanden, die dann v. a. im folgenden Anlagengenehmigung im Baugenehmigungsverfahren oder dem Verfahren nach dem BImSchG beachtlich sind. Dies trifft für die 4. Änderung des FNPs generell wie folgt zu.

### 9.2.1. Luftverkehrshindernis (§ 16 a LuftVG)

An den Windenergieanlagen sind, sofern die Gesamthöhe 100 m übersteigt, Tages- und Nachtkennzeichnungen als Luftverkehrshindernis gemäß dem Luftverkehrsgesetz und den einschlägigen Richtlinien vorzunehmen. An den nachfolgenden Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Hannover, in der Funktion als militärische Luftfahrtbehörde und die Nds. Landesbehörde f. Straßenbau u. Verkehr, Oldenburg als zivile Luftfahrtbehörde zu beteiligen.

*„Nach Prüfung der zur Verfügung gestellten Planunterlagen scheint der An- und Abflug*

---

<sup>10</sup> Amprion GmbH, Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange z. 4. Änd. FNP der Gemeinde Sande, Dortmund, 16.05.2022

<sup>11</sup> Amprion GmbH, Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange z. 4. Änd. FNP der Gemeinde Sande, Dortmund, 31.08.2022

*des Hubschrauber-Sonderlandeplatzes Sanderbusch durch die Bauleitplanung nicht betroffen zu sein.<sup>12</sup>*

#### 9.2.2. Verteidigungsanlagen

Das gesamte Gemeindegebiet liegt im Erfassungsbereich der Radaranlagen des Militärflugplatzes Wittmundhafen und der Verteidigungsanlage Brockzetel. Windenergieanlagen können sich störend auf die Radaranlagen auswirken. Eine genaue Bewertung von Windenergieanlagen aus technischer/operationeller Sicht erfolgt erst im abschließenden Genehmigungsverfahren bzw. im B-Planverfahren, wenn der genaue Standort, die Höhe und der genaue Typ der Anlage als Mindestangabe vorliegen.<sup>13</sup>

#### 9.2.3. Gewässerrandstreifen (§ 38 WHG i. V. m. § 58 NWG)

In dem fünf Meter breiten Gewässerrandstreifen, gemessen von der Böschungsoberkante entlang der Gewässer II. Ordnung, gelten die Bestimmungen des § 38 des WHG i. V. m. § 58 NWG. Ggf. erlassene Anordnungen der Wasserbehörde hinsichtlich Bepflanzung und Pflege sowie zur Verwendung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln sind zu beachten.

#### 9.2.4. Räumuferzone (§ 6 der Satzung der Sielacht Rüstringen)

Die Räumuferzone beginnt an der Böschungsoberkante und ist entlang der Gewässer II. Ordnung zehn und entlang der Gewässer III. Ordnung 6 Meter breit. Hier gelten die Bestimmungen der Sielacht Rüstringen. Dieser Bereich ist insbesondere von baulichen Anlagen freizuhalten. Der Verband kann Ausnahmen von den Beschränkungen der Satzung in begründeten Fällen zulassen.

### 10. Hinweise

Die **Baunutzungsverordnung** gibt die Darstellungsmöglichkeiten für die vorbereitende Bauleitplanung vor. Zur Klarstellung, welche Fassung anzuwenden ist, wird auf der Planzeichnung ein entsprechender Hinweis angebracht.

Weiterhin erfolgen Hinweise - sofern sie auf der Maßstabsebene des FNP sinnvoll sind - die bei der späteren Festsetzung in den folgenden B-Plänen sowie der folgenden Anlagengenehmigung im Baugenehmigungsverfahren oder dem Verfahren nach dem BImSchG beachtlich sind.

#### 10.1. Bodenfunde

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren

---

<sup>12</sup> Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Luftfahrtbehörde, Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange z. 4. Änd. FNP der Gemeinde Sande, Oldenburg, 09.05.2022

<sup>13</sup> zuletzt Bundeswehr - Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen. Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange zur 4. FNP-Änderung, Bonn, 09.05.2022

solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen dem Landkreis Friesland als Unterer Denkmalschutzbehörde oder der Abteilung Archäologie des Landesamtes für Denkmalpflege, Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg, Tel. 0441 / 205766-15 gemeldet werden. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. Eine Genehmigung der Denkmalschutzbehörde ist erforderlich, wenn Erdarbeiten an einer Stelle vorgenommen werden, wo Funde vermutet werden. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

#### 10.2. Schädliche Bodenveränderungen/Altlasten

*„Sollten bei Erdbewegungen organoleptisch wahrnehmbare Auffälligkeiten des Bodens von anthropogenem Ursprungs zum Vorschein kommen, sind die Erdarbeiten umgehend einzustellen. Die untere Bodenschutzbehörde ist in diesem Fall sofort zu verständigen. Die Erdarbeiten können erst nach Absprache mit der unteren Bodenschutzbehörde wieder aufgenommen werden.“<sup>14</sup>*

#### 10.3. Bodenschutz

Die im Rahmen der Baumaßnahmen anfallenden Abfälle zur Verwertung sind entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen einer zugelassenen Verwertungsanlage zuzuführen bzw. zuführen zu lassen. Abfälle zur Beseitigung sind entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen schadlos zu entsorgen bzw. entsorgen zu lassen. Der Einbau von Böden auch im Rahmen der Baumaßnahmen muss gemäß Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) erfolgen, ggf. in Abstimmung mit anderen Gesetzen und Verordnungen. Mutterboden ist gemäß § 202 BauGB in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen.

#### 10.4. Verwendung überschüssigen Bodens

Fallen bei Bau-, Aushubmaßnahmen Böden an, die nicht im Rahmen der Baumaßnahme auf dem Grundstück verwertet werden können, gelten diese als Abfall und müssen gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) einer Verwertung zugeführt werden. Ansprechpartner ist der Landkreis Friesland, Fachbereich Umwelt. Der Einbau von Böden auch im Rahmen der Baumaßnahme muss gemäß Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) erfolgen, ggf. in Abstimmung mit anderen Gesetzen und Verordnungen. Mutterboden ist gemäß § 202 BauGB in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen.

*„Im Bereich der geplanten Baumaßnahme sind gemäß des Kartenmaterials des LBEG „Sulfatsaure Böden, Tiefenbereich 0 - 2m“ potenziell und aktuell sulfatsaure Böden in Tiefenbereichen von 0-2 m zu erwarten.“*

---

<sup>14</sup> Landkreis Friesland, Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange z. 4. Änd. FNP der Gemeinde Sande, Jever, 04.10.2022

**10.5. Kampfmittel<sup>15</sup>**

Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, ist umgehend das Landesamt für Geoinformationen und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN) Kampfmittelbeseitigungsdienst in Hannover oder das Ordnungsamt der Gemeinde Sande zu benachrichtigen.

Für den Planbereich wurde bereits ein Antrag auf Luftbildauswertung gestellt. Die Ergebnisse liegen mit Schreiben 15.03.2022 vor. Die dort identifizierten Verdachtsflächen werden bei der Bauausführung entsprechend beachtet.

**10.6. Oberflächenentwässerung und Maßnahmen an Gewässern**

Die Einleitung von Oberflächenwasser bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis.

Für Umbaumaßnahmen an Gewässern sind wasserrechtliche Genehmigungen nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) i. v. m. § 108 Nds. Wassergesetz (NWG) erforderlich. Das gleiche gilt für Verrohrungen (Überfahrten / Überwegungen). Hierfür sind Genehmigungen nach § 36 des WHG i. V. m. § 57 NWG einzuholen.

**10.7. Artenschutz**

Die gesetzlichen Bestimmungen zum allgemeinen und besonderen Artenschutz gemäß § 39 und § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind bei der Ausführung von Baumaßnahmen und der Ausübung von Nutzungen zu beachten.

**10.8. Richtfunktrasse**

Die Deutsche Telekom Technik-GmbH, Bayreuth betreibt derzeit in diesem Bereich eine Richtfunkverbindung.

*„Wir bitten einen Abstand von 25 m zum Richtfunk in alle Richtungen ein-zuhalten.“<sup>16</sup>*

Da es sich bei der Trasse nicht um eine der Daseinsvorsorge oder eine hoheitlich gesicherte handelt, erfolgt keine nachrichtliche Übernahme in die Planzeichnung. Im Übrigen betreffen die Hinweise die vorbereitende Bauleitplanung nur mittelbar und werden im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung oder der Zulassungsplanung abschließend berücksichtigt.

**11. Umweltbericht**

Die Gemeinde hat dem Bauleitplan einen Umweltbericht mit den ermittelten und bewerteten Belangen des Umweltschutzes beizufügen. Gemäß des § 2 a BauGB, bildet der Umweltbericht einen gesonderten Teil der Begründung. Der Umweltbericht liegt als gesondertes Dokument vor.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Deutsche Telekom Technik GmbH, Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange z. 4. Änd. FNP der Gemeinde Sande, Bayreuth, 31.08.2022

## 12. Eingriffsregelung

Die ausführliche Darlegung der Ermittlung des naturschutzfachlichen Eingriffs und seines möglichen Ausgleichs gem. § 1 a BauGB ist im Umweltbericht zu finden.

Diese Prüfung führt zusammenfassend als Ergebnis aus, dass die durch die Planung zu erwartenden Veränderungen auf der Fläche und geplante Nutzung als Mähwiese und Weide nach heutigem Wissensstand zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen führen und können durch die landschaftspflegerischen Maßnahmen im Planbereich und ggf. außerhalb vollständig ausgeglichen werden.

*„Bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Es ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann, um möglichst zu vermeiden, dass Flächen aus der Nutzung genommen werden.“<sup>17</sup>*

## 13. Verträglichkeitsprüfung

Die ausführliche Darlegung der Verträglichkeitsprüfung für die Schutzzwecke der Natura 2000-Gebiete, d. h. die der europäischen Vogelschutzgebiete oder der Gebiete des europäischen Flora-Fauna-Habitats, ist ebenfalls im Umweltbericht zu finden.

Diese führt zusammenfassend als Ergebnis aus, dass von einer Verträglichkeit des Projektes mit den Schutz- und Erhaltungszielen des FFH-Gebietes „Teichfledermausgewässer im Raum Wilhelmshaven“ ausgegangen werden kann.

## 14. Artenschutzrechtliche Vorprüfung

Die ausführliche Darlegung der Artenschutzvorprüfung ist ebenso Umweltbericht zu finden.

Diese führt zusammenfassend als Ergebnis aus, dass aus artenschutzrechtlicher Sicht keine Probleme zu erwarten sind, wenn die Umsetzung der Planung außerhalb der Brut- und Setzzeit stattfindet und die zu fällenden Gehölze auf das Vorhandensein der Tiere kontrolliert werden.

## 15. Verfahrensvermerke

Der Rat der Gemeinde Sande hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 die Aufstellung der 4. Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 29.04.2022 ortsüblich bekannt gemacht.

---

<sup>17</sup> Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange z. 4. Änd. FNP der Gemeinde Sande, Bad Zwischenahn, 01.09.2022

Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte durch öffentliche Auslegung vom 09.05. bis 08.06.2022.

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte per Anschreiben vom 04.05.2022 mit der Aufforderung zur Abgabe von schriftlichen Stellungnahmen bis zum 08.06.2022

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Sande hat in seiner Sitzung am 07.07.2022 die öffentliche Auslegung der 4. Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden am 26.07.2022 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf der 4. Änderung des Flächennutzungsplans hat mit dem Entwurf der Begründung sowie den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 03.08.2022 bis zum 02.09.2022 öffentlich ausgelegt. Während dieser Zeit standen die Auslegungsunterlagen auch in digitaler Form auf der Website der Gemeinde Sande zur Verfügung.

Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte per Anschreiben vom 26.07.2022 mit der Aufforderung zur Abgabe von schriftlichen Stellungnahmen bis zum 02.09.2022.

Nach Prüfung der Stellungnahmen hat der Rat der Gemeinde Sande in seiner Sitzung am ..... den Feststellungsbeschluss zur 4. Änderung des Flächennutzungsplans gefasst.

## 16. Zusammenfassende Erklärung

### 16.1. Ziel der Planaufstellung

Vor dem Hintergrund der angestrebten Energiewende unterstützt die Gemeinde Sande die Absichten des Herrn Maximilian Graf von Wedel, Schloss Gödens, zur Errichtung eines hybriden Erneuerbare-Energien-Kraftwerkes („Hybrider Energiepark Sande“) nördlich des Ems-Jade-Kanals und westlich der Autobahn 29. Das Konzept sieht vor, in und neben dem bestehenden Windpark weitere Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien sowie zur Wandlung, Speicherung und Transport dieser anzusiedeln. Damit sind auch die ggf. synonym benutzten Begrifflichkeiten wie Verstetigung, Veredelung oder Ableitung mit eingeschlossen.

Zunächst sollen in einem ersten Schritt innerhalb eines Teiles der Flächen des bestehenden Windparks zusätzlich Freiflächenphotovoltaikanlagen (PV-Anlagen) aufgestellt und diese später Richtung Nordwesten und Norden ergänzt werden.

Der Flächennutzungsplan (FNP) als vorbereitender Bauleitplan weist die Fläche derzeit teils als Sondergebiet Windkraft und teils als Fläche für die Landwirtschaft aus. Für die Umsetzung der Planung ist die Ausweisung von drei Sonderbauflächen „Erneuerbare Energien - Erzeugung, Wandlung, Speicherung, Transport“ notwendig.

Die für die Umsetzung des Energieparks weiter erforderliche vierte Änderung des Bebauungsplanes (B-Plan) Nr. 37 „Windenergieanlagenpark nördlich Ems-Jade-Kanal“ als

„Hybrider Energiepark“ und die Neuaufstellung des B-Planes Nr. 49 „Freiflächenphotovoltaik“ werden zeitnah betrieben.

#### 16.2. Beurteilung der Umweltbelange

Bei der Durchführung der Umweltprüfung wurden durch die Planung, unter Berücksichtigung der angedachten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen, aktuell keine erheblichen Beeinträchtigungen auf die einzelnen Schutzgüter festgestellt. Die vertiefte Betrachtung erfolgt auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung, wenn weitere Informationen zu Modulplanung und Erschließung bekannt sind, sowie die laufenden faunistischen Erfassungen und Vegetationskartierung vorliegen.

Die durch die Planung zu erwartenden Veränderungen auf der Fläche und geplante Nutzung als Weide/Mähwiese in Kombination mit der extensiven Pflege der frei zu haltenden Bereiche (Gewässerrandstreifen, Schutzstreifen über und unter den vorhandenen Leitungstrassen) werden bei der Ermittlung und Festlegung der Kompensationsmaßnahmen berücksichtigt und zur Minderung der ggf. erforderlichen externen Kompensationen beitragen.

Eine ausführliche Anwendung der Eingriffsregelung sowie die Festlegung der ggf. erforderlichen Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen erfolgt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung.

Natura 2000 - Gebiete werden durch die Planung nicht beeinträchtigt.

Artenschutzrechtliche Probleme werden bei einer Umsetzung der Planung außerhalb der Brutzeit bzw. nach einer vorherigen Kontrolle der Flächen auf Brutgeschehen, nicht erwartet.

#### 16.3. Planungsalternativen

Bei der Standortentscheidung fand

- die Kombination verschiedener nachhaltiger Technologien wie Wind und Photovoltaik (PV) zur Erzeugung erneuerbarer Energie,
- die vorhandenen Energieleitungen als überregionale Anschlusspunkte,
- die Vorbelastung aus modernen Windenergieanlagen, Bundesautobahn und Hochspannungsleitungen und
- die Tatsache, dass in diesem Bereich in umfangreichem Maße Flächen existieren, für den kein landwirtschaftlicher Vorbehalt aus der Raumordnung, wie ansonsten fast gemeindeweit zutreffend, vorliegt,

Berücksichtigung. Diese Tatsachen qualifizieren die Fläche zum einen als hochgradig vorbelastet; zum anderen jedoch als einen interessanten und infrastrukturell einzigartigen Standort in der Region. Gleich geeignete Alternativen sind der Gemeinde nicht bekannt.

**16.4. Abwägungsvorgang**

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung sind 18 Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangen, von denen 15 Anregungen und Hinweise zur vorbereitenden Bauleitplanung enthielten. Dies führte zu folgenden Änderungen und Ergänzungen in der Begründung und den nachrichtlichen Übernahmen, Vermerken und Hinweisen:

- Auf Anregung der Amprion GmbH, der Deutschen Telekom und der Tennet TSO GmbH wurde die Begründung hinsichtlich der im verbindlichen Bauleitplanverfahren folgenden Abstimmungen zu den vorhandenen geplanten unterirdischen bzw. oberirdischen Leitungen und ihren Schutzbereichen ergänzt.
- Auf Anregung des Landesamt f. Landesvermessung für Geoinformation wurde die Begründung hinsichtlich des Kampfmittelverdachtetes ergänzt.
- Auf Anregung der Unteren Wasserbehörde beim Landkreis Friesland wurde die Begründung hinsichtlich der Berücksichtigung der Gewässer und ihrer Schutzstreifen ergänzt.
- Auf Anregung der Unteren Wasserbehörde beim Landkreis Friesland wurde die nachrichtliche Übernahme hinsichtlich der Gewässer II und II Ordnung korrigiert.
- Auf Anregung der Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Luftfahrtbehörde wurde die Begründung hinsichtlich der Berücksichtigung des Hubschrauber-Sonderlandeplatzes Sanderbusch ergänzt.
- Auf Anregung der Öffentlichkeit wurde der Umweltbericht hinsichtlich der Berücksichtigung des Blendschutzes ergänzt

Eine Änderung der Planung (Plandarstellung) erfolgte dadurch nicht.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung sind 15 Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangen, die Anregungen und Hinweise enthielten. Hieraus resultierten Änderungen und Ergänzungen in der Begründung und den nachrichtlichen Übernahmen, Vermerken und Hinweisen:

- Auf Anregung der EWE Netz GmbH, der Amprion GmbH und der Pledoc GmbH (für Open Grid Europe GmbH (OGE), und GasLINE GmbH & Co. KG) wurde die Begründung hinsichtlich der im verbindlichen Bauleitplanverfahren folgenden Abstimmungen zu den vorhandenen geplanten unterirdischen bzw. oberirdischen Leitungen und ihren Schutzbereichen ergänzt
- Auf Anregung der der Pledoc GmbH (für Open Grid Europe GmbH (OGE), und GasLINE GmbH & Co. KG) und der Unteren Wasserbehörde beim Landkreis Friesland wurde in der Planzeichnung und Planzeichenerklärung die zwischenzeitlich planfestgestellte und in Bau befindliche Gasleitung nachrichtlich übernommen.
- Auf Anregung der Sielacht Rüstingen und der Unteren Wasserbehörde beim Landkreis Friesland wurde die nachrichtliche Übernahme hinsichtlich der Gewässer II und II Ordnung korrigiert.

- Auf Anregung der Deutsche Telekom Technik GmbH wurde die Begründung hinsichtlich einer Richtfunkverbindung ergänzt.
- Auf Anregung der Immissionsschutz-/Bodenschutzbehörde beim Landkreis Friesland wurden Hinweise zum Bodenschutz ergänzt.

Eine Änderung der Planung (Plandarstellung) erfolgte dadurch nicht.

Aufgestellt:

**Thalen Consult GmbH**

Neuenburg, den 10.11.2022

i. A. Dipl.-Ing. Rolf Bottenbruch  
M. Sc. Geogr. Ekaterina Wamboldt

S:\Sande\11871 EE-Kraftwerk\06\_F-Plan\03\_Feststellung\Begrueudung\2022\_11\_10\_11871\_Begr\_fnp\_F.docx